



19.03.2009

Lüdinghausen, den

c/o Peter Mönning
Telgengarten 14
59348 Lüdinghausen
Tel.: 02591-3540
Fax: 02591-79108

Email: Pmoenning@aol.com

Handy (nicht immer an): 016096600955

Fraktion im Rat der Stadt Lüdinghausen

Haushaltsrede 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie, dass ich am Anfang aus meiner Haushaltsrede 2007 zitiere:

„Die Hoffnung einer längerfristigen besseren Entwicklung beruht vor allem auf den Prognosen für die Konjunktorentwicklung. Wie schnell eine solche Entwicklung kippen kann, haben wir 2002/2003 gesehen. Auch internationale Krisen können eine positive Entwicklung schnell stoppen. Sind wir vor Ort schon darauf vorbereitet, dass (und wenn es noch zwei oder drei Jahre dauert) die Konjunktur wieder kippen kann – und wird? Ansätze sind gemacht, bisher aber nicht ausreichend. Den Willen zu einer nachhaltigen Politik auch für unsere Nachkommen sehen wir bei der Mehrheitsfraktion nicht genügend verwirklicht, kurzfristige Interessen- und Klientelpolitik beeinträchtigt immer noch zu sehr das Denken und Handeln.“

Kommen wir zur Gegenwart:

1. Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 haben etwas Gespenstisches an sich. Auf der einen Seite scheinen laut Haushaltsplan die Einnahmen eine kontinuierliche Entwicklung zu gewährleisten. Auf der

anderen Seite werden die Konjunkturprognosen immer düsterer. Zu befürchten ist, dass die Einnahmen in diesem Jahr wegbrechen, sodass bei den Ausgaben äußerste Sparsamkeit angesagt ist. Dabei soll gerade in einer solchen Situation die öffentliche Hand konjunkturfördernde Ausgaben tätigen, also mehr ausgeben. Was ist jetzt wichtiger? Soll die direkte Zukunft gestaltet werden oder muss auch an die Zukunft der Kinder gedacht werden? Ausgeben oder Sparen?

2. Es ist nicht so, dass wir nichts hätten, wozu wir etwas ausgeben können, ja sogar müssen. Dazu gehören zum Beispiel sämtliche Schulen in Lüdinghausen und Seppenrade. Die alt gewordenen Schulpavillons sind Energiefresser und bieten den Kindern keinen angemessenen Lernort. Hier muss Ersatz in Form von Neubauten geschaffen werden. Auch in den Hauptgebäuden der Schulen besteht hoher Renovierungsbedarf. Und der Mangel an Schulsportstätten allein kann nicht einmal mit dem vollständigen Einsatz der Mittel für die Konjunkturprogramme beseitigt werden, die anderen notwendigen Investitionen in die Bildung im Übrigen auch nicht. //Wenn die Folgen des Winters überblickt werden können, werden wir feststellen, dass hoher Sanierungsbedarf an vielem besteht. Die Löcher in den Straßen sind jetzt schon sichtbar, wie stabil der Unterbau noch auf Dauer ist, bleibt abzuwarten. Dies betrifft sowohl Gemeindestraßen als auch Wirtschaftswege. Außerdem müssen die Straßen in den Baugebieten fertiggestellt werden. Bei der Sanierung der Gemeindestraßen scheint die Mehrheitsfraktion speziell in Seppenrade aber nur noch populistisch zu agieren: Wenn dazu KAG-Beiträge nötig sind, dann scheint die Sanierung nicht notwendig. Aber hier

schieben wir notwendige Investitionen in die Zukunft und sollten uns nicht wundern, wenn die Folgekosten später noch höher sind. // Auch über die Gestaltung des Bahnhofsumfelds müssen wir nachdenken. Was soll dort wirklich entstehen? Und wie viel Geld müssen wir dafür bereitstellen, damit eine städtebaulich und sozial verträgliche Lösung entstehen kann? // Die Innenstadt muss an vielen Stellen für die neuen Anforderungen des Alltags, für die älter werdende Bevölkerung und für behinderte Menschen fit gemacht werden. Dazu müssen die Barrieren beseitigt werden, die im öffentlichen Raum, an Straßen, Überquerungen, Bordsteigen, Treppenstufen und in öffentlichen Gebäuden immer noch bestehen. (Im Blick behalten sollten wir dabei: Wenn irgendwo was repariert werden muss, sollte gleich überlegt werden, ob dabei nicht gleichzeitig Barrieren beseitigt werden können). Und natürlich ist auch der Marktplatz nicht mehr im besten Zustand und könnte erneuert werden, muss es aber nicht unbedingt jetzt. Manchmal reicht es, Lücken zu verfüllen. Erinnerung sei grundsätzlich an die UN-Konvention für Barrierefreiheit, zu deren Einhaltung wir alle Anstrengungen unternehmen sollten. Sinnvoll ist sicher auch die vollständige Nutzung der vier für die Stadt zur Verfügung stehenden Stellen im Jugendbereich. Eine kleine zusätzliche Ausgabe hier kann an anderer Stelle, nämlich bei den Kosten für Heimunterbringung und bei der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ein Mehrfaches einsparen.

3. Auf der anderen Seite muss alles irgendwann einmal bezahlt werden. Wenn wir uns auf die für den Haushalt relevanten Einnahmearten beschränken, dann werden wir feststellen, dass die Einkommensteuer absinken wird. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen tragen nicht mehr relevant zur Liquidität der städtischen Kasse

bei. Und die Schlüsselzuweisungen werden sich der allgemeinen konjunkturellen Situation angleichen und zurückgehen. Wie sieht es mit den eigenen Steuereinnahmen aus? Die Gewerbesteuer ist vom Kämmerer schon vorsichtig kalkuliert worden. Zu befürchten steht aber, dass sie noch weiter zurückgehen wird. Und die Eigenkapitalverzinsung des Abwasserwerks steht auf dem Prüfstand. Die gerichtliche Klärung der Frage, ob die an das Abwasserwerk angeschlossenen Haushalte zu viel Gebühren zahlen, weil die Eigenkapitalverzinsung auf den falschen Grundlagen beruht, wäre eigentlich in Ruhe abzuwarten. Denn die eventuell zu hohen Gebühren fließen ja nicht irgendwo hin, sondern der Gewinn kommt dem städtischen Haushalt zugute. Dies wäre aber nur dann gerecht, wenn alle Lüdinghauser Haushalte an das Abwasserwerk angeschlossen wären und so ihren Obolus für den städtischen Haushalt zahlen. Dem ist aber nicht so, der Außenbereich zahlt diesen Obolus nicht, Vertreter der Mehrheitsfraktion blockieren seit Jahren die Anregung der GPA, dass z.B. bei den Wirtschaftswegen ein angemessener Beitrag der Anlieger einzufordern sei. Bleiben die Grundsteuern und die Konzessionsabgaben, die bisher am ehesten eine stetige Entwicklung aufzuweisen haben. //

4. Wir können auch Ansätze aufzeigen, die unseres Erachtens verzichtbar sind. Dazu gehört die Klostermauer, deren Renovierung für rund 200.000 € als keynesianistische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eine eher sinnfreie Maßnahme ist. Der Marktplatz muss nicht in diesem oder im nächsten Jahr saniert werden. Und über die Sanierung der Wirtschaftswege sollten wir erst dann entscheiden, wenn die anteilige Mitfinanzierung durch die Anlieger geklärt ist. //Es gibt weitere Möglichkeiten und Notwendigkeiten, den Haushalt zu

entlasten. Für uns gehört dazu auch der Baubetriebshof, der effizienter gemacht werden muss und dessen Aufgaben neu zu überdenken sind. Dabei fehlen uns wie bei manch anderen Produkten aussagekräftige Kennzahlen, um effektiv steuern zu können.//Die Anregungen der GPA und die daraus resultierenden Vorschläge der Steuerungsgruppe aus Verwaltung und Fraktionsvorsitzenden sind bisher noch nicht ausreichend umgesetzt worden. Unsere diesbezüglichen Anträge wurden leider in den letzten Jahren von den anderen Fraktionen abgelehnt; Folge ist, dass die strukturelle Unausgewogenheit des Haushalts bestehen bleibt.

5. Was sollten wir beachten?// Die neue Pflicht zur Abschreibung zeigt, dass wir unser städtisches Vermögen nicht pflegen können, sondern dass es zerrinnt. Das NKF geht realistisch davon aus, dass an jedem Ding der Zahn der Zeit nagt, dass Vermögen der Stadt sich also verringert. Erhalten werden kann es nur durch regelmäßige Reinvestitionen. Und manches Vermögen steht nur auf dem Papier und kann nicht entsprechend realisiert werden (z.B. Straßen und manche Grundstücke). Wegen unzureichender Investitionen in die Infrastruktur bzw. unzureichender Einnahmen bei nicht zu senkenden Ausgaben stehen wir, wie der Kämmerer richtig bemerkt, vor einem strukturell unausgeglichenen Haushalt. Da hilft auch das Gesundbeten, dass wir keine Kredite aufnehmen müssen, nicht. Denn wir müssten die Kredite aufnehmen, um das Vermögen der Stadt zu erhalten – ein Teufelskreis! Die Eröffnungsbilanz liegt uns leider immer noch nicht vor, im Vorgriff darauf wird die Ausgleichsrücklage schon um mehr als die Hälfte verspeist. Und wo in den nächsten Jahren Entlastung zu

erwarten ist, mag eher einem Märchenerzähler zu glauben sein als diesem Haushaltsentwurf.

6. Konjunkturprogramme bringen Geld, sollen aber nicht die jetzigen Vorhaben finanzieren, sondern zusätzliche (verständlich, wenn zusätzliche Investitionen der Wirtschaft Impulse bringen sollen). Die Vorstellung, dass dies den städtischen Haushalt mittelfristig entlasten könnte, scheint mir aber etwas naiv. Natürlich müssen die Investitionen vor allem so angelegt werden, dass die Stadt geringere Folgekosten hat bzw. sogar spart. Deshalb sind Ersatzinvestitionen in Energie sparende Maßnahmen richtig. Richtig ist auch eine zusätzliche Investition in Bildung. Hier ist allerdings auch ein Problem des Konjunkturprogramms, das nur auf Baumaßnahmen setzt, aber den menschlichen Faktor von Bildung und Erziehung vernachlässigt, z.B. SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und LehrerInnen. Aber auch der Bund muss die Investitionen per Kredit finanzieren, und das muss in den Folgejahren zurückgezahlt werden, zumindest müssen höhere Zinsen gezahlt werden. Das wird den Spielraum für spätere Jahre einengen. Bund und Land werden sich wie üblich an den Kommunen schadlos halten und es damit begründen, dass das Konjunkturprogramm II ja vor allem den Kommunen gedient habe.

7. Lüdinghausen hat die Möglichkeit, nach dem neuen GO-Gesetz Aufgaben des Kreises in die eigene Hand zu nehmen. Dies mag in dem einen oder anderen Falle von Vorteil sein, wenn der Vorteil genutzt wird, der sich aus der besseren Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen ergibt. Zu hoffen ist zumindest beim Bauamt auf eine bessere und vor allem schnellere Kontrolle möglicher Verstöße gegen Baupläne. Wir

warnen aber vor der Illusion, dass wir dadurch substantiell an der Kreisumlage sparen könnten. Dies könnte ja nur der Fall sein, wenn wir auf Leistungen verzichten würden, die wir bisher beziehen. Und die Verwaltungskosten, die wir beim Kreis sparen, müssen wir wohl bei der eigenen Verwaltung draufsetzen.

8. Resümee: Unsere Stadt steht jetzt vor einer Situation, in der sie in 2 bis 3 Jahren ihre Rücklagen verliert und dann den Verlust ihrer kommunalen Eigenständigkeit befürchten muss. Der Haushalt ist nicht genügend auf die Bedingungen des NKF vorbereitet. Vor allem die bilanzielle Einbeziehung der Versorgungsaufwendungen und der Abschreibungen zeigt uns schonungslos, was bisher immer verdrängt werden konnte: Wir haben auf Kosten der Zukunft gelebt.//Widersinnig scheint dabei, dass die Stadt laut Plan keine Schulden aufnehmen muss. Aber damit gibt der Haushaltsentwurf zu, dass das Vermögen der Stadt nicht genügend gepflegt werden kann. Denn die Einnahmen müssten um 2 Mio. € höher sein und die Ausgaben um denselben Betrag niedriger, um diesen Ausgleich herzustellen. Dieses Ziel in einem Jahr zu erreichen, dürfte illusorisch sein. Aber viel Zeit haben wir nicht mehr dafür, ihr habt, obwohl ihr wusstet, was auf uns zukommt, und obwohl Lösungsansätze erarbeitet waren, jahrelang gezögert, auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen.//Natürlich sind wir hier vor Ort nicht allein verantwortlich. Grundsätzlich ist die Lage der Kommunen in den letzten Jahren nicht besser geworden, obwohl das Jahr 2008 eine Wendung zum Besseren erhoffen ließ. Aber wenn selbst in einer konjunkturell günstigen Situation – und so wurden uns die letzten Jahre ja interpretiert – nur mal so gerade eine schwarz-rote Null zu erreichen ist, dann ist das kein nachhaltiges Wirtschaften gewesen. Dies betrifft nicht

nur die Kommunen, sondern auch Land und Bund. Und leider ist nicht zu erwarten, dass hier in nächster Zeit Besserung für die Kommunen eintrifft, selbst wenn wir uns jetzt über Mittel aus dem Konjunkturpaket II freuen dürfen. Diese Mittel kommen nicht aus einem Sondervermögen, selbst wenn die Bundesregierung dies so nennt, sondern aus einem zusätzlichen Schuldenberg, den wir in künftigen Jahren zusätzlich abbezahlen müssen – zusätzlich zu den Schulden, die Bund und Land in den vergangenen Jahrzehnten angehäuft haben. Schon das nächste Jahr wird zeigen, ob die Schlüsselzuweisungen überhaupt ihre Höhe halten können. //Ärgerlich ist sicher die Höhe der Kreisumlage. Ob wir allerdings bei weitgehender Übernahme der Leistungen des Kreises besser zurechtkommen, möchte ich bezweifeln. Sonst ständen Dülmen und Coesfeld besser da. Den Kreistagsabgeordneten ist aber zu empfehlen, so genau auf jede Ausgabe zu achten wie die Kommunen, denn der Kreis lebt von unseren Einnahmen. //Zu befürchten steht weiterhin, dass uns kein anderer aus unserer Klemme heraushilft. Wir müssen den Mut haben, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, wenn wir selbst handlungsfähig bleiben wollen. Dabei müssen notwendige und zukunftsweisende Investitionen getätigt werden. Soziale und kulturelle Einrichtungen müssen erhalten bleiben, weil sie zum Herz der Stadt gehören. Wir müssen die Situation ehrlich einschätzen und daraus die richtigen Folgerungen ziehen.

Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf ab,

- weil er die Schere zwischen zu hohen Ausgaben und zu niedrigen Einnahmen nicht entschlossen genug angeht

- weil die Klostermauer überhaupt nicht, Wirtschaftswege erst nach Klärung der Anliegerbeteiligung und der Marktplatz erst bei hinreichender Haushaltslage saniert werden müssen
- weil die gemeinsam mit der GPA erarbeiteten Sanierungsvorschläge immer noch nicht genügend durchgesetzt werden
- Weil der Mut zu unpopulären Maßnahmen fehlt, obwohl die schwierige Situation erkannt ist.

(Schlusswort)

- Um die verfahrenere Situation in den Griff zu bekommen, sind gemeinsame Anstrengungen nötig. Schwarze Aussichten, ob mit Gelb im Land oder mit Rot im Bund, haben auch in den letzten Jahren den Kommunen nicht die Luft zum Überleben gegeben. Lasst uns hoffen, dass wir mit einem blauen Auge davonkommen. Dazu müssen aber ehrlich gemeinte Vorschläge auch ernsthaft diskutiert werden und es muss gemeinsam Druck in Richtung Kreis, Land und Bund gemacht werden, um der Basis und Schule des politischen Handelns, nämlich der Gemeinde, der Stadt, der Kommune, ihre eigenständige Entwicklungsmöglichkeit zu ermöglichen. Und so muss nach 700 Jahren behaupteter Selbstständigkeit die rechtlich fixierte auch finanziell und wirtschaftlich für die nächsten Jahrzehnte ehrlich und selbstbewusst in Angriff genommen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!